



## Solide Staatsfinanzen

### Bundeskabinett verabschiedet Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis zum Jahr 2014 verabschiedet. Demnach werden die Ausgaben des Bundes von 319,5 Milliarden Euro in 2010 über 307,4 Milliarden in 2011 auf 301 Milliarden Euro in 2012 sinken. In 2013 und 2014 werden sie dann auf dem Niveau von 2012, also bei ca. 301 Milliarden Euro, gehalten.

Fast noch wichtiger ist allerdings, dass die Nettokreditaufnahme deutlich zurückgeführt und bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums mehr als halbiert wird.

In konkreten Zahlen ausgedrückt bedeutet das:

- Die Nettokreditaufnahme wird 2011 57,5 Milliarden Euro betragen.
- 2012 wird sie sich auf 40,1 Milliarden Euro belaufen.
- Danach sinkt sie auf 31,6 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf
- 24,1 Milliarden Euro im Jahr 2014.

Heute ist absehbar, dass sich der Haushaltsvollzug 2010 günstiger gestaltet, als die Bundesregierung es noch vor kurzem annehmen musste. Das bedeutet allerdings nicht, dass durch diese positive Entwicklung zusätzlicher Spielraum für Steuersenkungen oder Ausgabenerhöhungen entstünde. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warnte in diesem Zusammenhang

eindringlich davor, in der sich verstärkenden konjunkturellen Erholung den Fehler zu wiederholen, der in den letzten Jahrzehnten zum dramatischen Anstieg des Verschuldungsniveaus geführt habe, nämlich aufgrund konjunktureller, also temporärer Mehreinnahmen strukturelle, also dauerhafte Mehrausgaben zu beschließen.

Mit der Schuldenbremse wird eine grundlegende Schwäche der bisherigen Schuldenregel im Grundgesetz, die in guten Zeiten keinen wirksamen Konsolidierungsdruck ausübte, behoben. Um die Schuldenbremse ab 2016 einzuhalten, ist vom Grundgesetz ein gleichmäßiger Abbaupfad für das strukturelle Haushaltsdefizit ab 2011 vorgegeben. Durch die eingeleiteten Maßnahmen wird es gelingen, das strukturelle Defizit jährlich um die erforderlichen rund 7,5 Milliarden Euro zurückzuführen. Es gibt für Deutschland nur einen richtigen Weg: Durch maßvolle Haushaltsdisziplin nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen.

Wachstumspotenziale für die Zukunft werden gestärkt, indem Investitionen in Bildung und Forschung - trotz Konsolidierungsdruck - erhalten beziehungsweise noch ausgebaut werden. Denn dies sind die Schlüsselbereiche für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die zentralen Ursachen von Finanzmarktkrisen werden durch robustere Eigenkapital- und Liquiditätsregeln, klügere Anreizsysteme und eine durchschlags-



## Berlin Aktuell Volker Kauder

Abgeordneter des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen  
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



[www.volker-kauder.de](http://www.volker-kauder.de)

16 WP 17

09.07.2010

kräftigere Finanzmarktaufsicht bekämpft, damit die Finanzmärkte die Realwirtschaft nicht mehr derart gefährden können und die Steuerzahler nicht mehr derart in die Pflicht genommen werden wie in den letzten drei Jahren.

Weitere Informationen finden Sie im Internetangebot des Bundesfinanzministeriums oder klicken Sie [hier](#).

### Religionsfreiheit weltweit durchsetzen

Dieses Thema liegt mir sehr am Herzen, darum bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, an diesem Donnerstag auf Antrag der Koalitionsfraktionen eine Plenardebatte zum Thema „Religionsfreiheit weltweit schützen“ zu führen.

In mehr als 64 Ländern der Welt ist die Religionsfreiheit mindestens stark eingeschränkt. Besonders stark betroffen ist das Christentum mit rund 200 Millionen verfolgten Gläubigen. Mit der Debatte wollen wir dafür sorgen, dass das Thema der Religionsfreiheit und die weltweite Situation bedrängter Christen endlich aus ihrem Schattendasein heraus an die breite Öffentlichkeit kommen. Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das für alle Menschen, unabhängig davon, wo sie leben oder welcher Religion sie angehören, gelten muss.

Niemand darf wegen seines Glaubens tätlich verfolgt werden. Und die Menschen müssen ihren Glauben offen bekennen können, ohne dass sie im Alltag diskriminiert werden, weil sie zu einer religiösen Minderheit gehören. Der Einsatz für weltweite Religionsfreiheit ist ein Kern wertegeleiteter christlich-liberaler Außenpolitik.

Mehr zum Thema, auch meinen Redebeitrag finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.volker-kauder.de/>

### Reform des Gesundheitssystems

Unser Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Das wollen wir auch für zukünftige Generationen erhalten. Allerdings lassen die immer ältere Gesellschaft und der medizinische Fortschritt die Kosten immer weiter steigen. Die Kassen stehen vor einem enormen Defizit. Wir müssen einerseits sparen, andererseits aber strukturelle Reformen im System durchführen.

Zunächst wird der Beitragssatz der Krankenkassen wieder auf das Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise angehoben. Um diese Krise besser meistern zu können, war seinerzeit der Beitragssatz durch das Konjunkturpaket II abgesenkt worden, was nun wieder rückgängig gemacht werden kann.

Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform. Wir kommen um die Wahrheit nicht herum: Die Ausgaben im Gesundheitssystem werden auch zukünftig steigen. Um die Lohnnebenkosten nicht noch mehr zu belasten, soll dies durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden, den die Krankenkassen erheben können. Das schafft mehr Transparenz und macht es einfacher, die Preise und Leistungen der Krankenkassen zu vergleichen. Klar ist auch, dass es einen Sozialausgleich geben muss. Das geschieht aus Steuermitteln bei einer Überforderung des Einzelnen von über 2% des beitragspflichtigen Einkommens.

Unsere Gesundheitsversorgung ist erstklassig, aber sie wird immer teurer. Diese Maßnahmen sollen helfen, das System zukunftsfähig zu machen.

Alles zum Thema Gesundheitsreform finden Sie auf den Seiten des Bundesgesundheitsministeriums oder klicken Sie [hier](#).